

DER RAUBERHUND EINES JEDEN VORKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

22. November 1947

Nr. 26 (Sondernummer)

Preis S 1,-

DIE DRITTE ETAPPE DER KAPITALISTISCHEN RAUBOFFENSIVE

Der Nationalrat hat mit den Stimmen der ÖVP und der mit ihr verbündeten SPÖ ein sogenanntes "Währungsreformgesetz" beschlossen, das nichts anderes als die Fortsetzung der kapitalistischen Rauboffensive gegen die Massen ist. Nach der stillschweigenden Durchbrechung des Preisstops während der letzten anderthalb Jahre, durch die die Lebenshaltungskosten der Arbeiter und kleinen Angestellten immer mehr in die Höhe kletterten, und nach dem sogenannten "Lohn-Preis-Pakt" vom Ende Juli dieses Jahres, durch den der Reallohn der Arbeiter und kleinen Angestellten noch mehr gesenkt und der Lebensstandard der breiten Massen auf das Niveau von Kolonialsklaven herabgedrückt wurde, stellt diese "Währungsreform" nun die dritte Etappe der kapitalistischen Rauboffensive dar.

Sechs Jahre lang hat sich die österreichische Bourgeoisie am Raubkrieg des deutschen Imperialismus beteiligt. Tag und Nacht haben die Fabriken für den Hitlerkrieg gearbeitet; während die Massen an der Front verbluten, in den Städten unter Entbehrungen und Leiden schwer arbeiten und alle Opfer und Lasten des Krieges auf sich nehmen mußten, haben die Kapitalisten am Krieg verdient. Was für die Arbeiterklasse das größte Unglück war, war für die Bourgeoisie die Zeit ihrer größten Geschäfte. Gewiß, die deutschen Kapitalisten haben den Krieg verloren und ihre österreichischen Verbündeten in ihren Fall mitgerissen. Die deutschen und die österreichischen Kapitalisten werden nun von den Siegerimperialisten gehörig gerupft. Allein so wie 1918 das Proletariat es verabsäumt hat, die Bourgeoisie zu stürzen und so der Urheberin des 4 1/2-jährigen blutigen Gemetzels ein Ende zu machen, und so wie aus diesem Grunde die Bourgeoisie in den darauffolgenden Jahren die Kosten ihres verlorenen Krieges auf die Massen abwälzen konnte, so blieben die deutschen und österreichischen Kapitalisten nach der bisher größten Katastrophe ihrer Geschichte dank der SP und der Stalinpartei trotz alledem oben. Die österreichischen Kapitalisten gehen nun daran, sich die Kosten des neuerlich verlorenen Krieges wie damals wieder von den Massen bezahlen zu lassen.

Das "Währungsschutzgesetz zur Verringerung des Geldumlaufes"

Auf dieser Linie liegt auch die "Währungsreform". Nichts wird den Kapitalisten genommen! Nicht die Kriegsgewinne werden beschlagnahmt, nicht die großen Vermögen, die sich nach dem Zusammenbruch vom April 1945 neu gebildet haben. Beschlagnahmt, konfisziert, gestohlen werden die bescheidenen Ersparnisse breiterer Massen!

Was beinhaltet das "Währungsschutzgesetz"? Sein Inhalt ist aus den Tageszeitungen bekannt; dennoch ist es notwendig, nochmals kurz herauszuheben, um was es sich handelt, wenn wir uns die ganze Infamie und Brutalität dieses Gesetzes vor Augen führen wollen.

Während des Krieges mußten die Arbeiter unzählige Überstunden leisten, doch ihren durch die Kriegssteuern arg beschneideten Lohn konnten sie nicht in Waren umsetzen. Ein bedeutender Teil der kleinen Guthaben leitet sich aus dieser Tatsache ab. Nach dem Zusammenbruch, als eine große Anzahl Firmen liquidiert und die Angestellten entlassen wurden und diese nach monatelangem Warten endlich die ihnen gesetzlich zustehende Abfertigung erhielten, konnten sie mit diesen Beträgen nichts anderes anfangen, als sie im Zuge der Schillingumwechslung auf ein Sparkonto zwangweise einzulagern. Viele tausend kleine Guthaben aus der Zeit vor 1945 sind das Ergebnis des jahrzehntelangen Fleißes von Arbeitern, Angestellten, kleinen Geschäftsleuten, die sich unter Entbehrungen und Mühen einen gesicherten Lebensabend schaffen wollten. Alle die Guthaben werden gestrichen! Während des Krieges wurden Tausende ausgebombt, verloren ihr Hab und Gut. Seit über zwei Jahren arbeiten diese Opfer des Krieges schwer, um sich jene Summen zu ersparen, die zur Wiederanschaffung der allerdringendsten Gebrauchs- und Einrichtungsgegenstände notwendig sind. Junge Arbeiter, die sich während des Krieges keinen Haushalt gründen konnten, weil sie eingerückt waren und die jetzt ein, zwei Jahre lang hart gearbeitet haben, um sich das bescheidenste Inventar zur Gründung eines solchen anschaffen zu können - auch diese arbeitenden Menschen werden mit einem Schlag zwei Drittel ihrer Ersparnisse beraubt. Das Gesetz enthält einen Passus, durch den die nach dem Dezember 1945 eingelegten Summen im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden. Es ist klar, daß dieser Passus gerade der Bourgeoisie zugute kommt, daß er auf die Arbeiter und kleinen Angestellten nicht anwendbar ist. Die Bourgeoisie hat durch ihre Organisationen wie Handels- und Gewerkekammer und dergleichen schon längst diesen Wink mit dem Zaunpfahl erhalten und alles überflüssige Bargeld auf ihre Bankkonten eingezahlt. Die Arbeiter hingegen verfügen nicht über so große Summen, als daß sie diese unbedingt in eine Sparkasse tragen müssen; sie haben außerdem ein berechtigtes Mißtrauen gegen kapitalistische Finanzinstitute. Die Neukonten seit Dezember 1945 sind zum Großteil solche der Kapitalisten, sind zu einem bedeutenden Teil erworben aus der Produktion der letzten zwei Jahre, d.h. aus den Entbehrungen und dem Hunger der Arbeiter. Und gerade diese Konten werden vom Gesetz geschont. Wo bleibt die Erfassung der Kriegsgewinne, wo bleibt die Erfassung jener riesigen Summen, die aus dem Großschleichhandel und aus allen möglichen kapitalistischen Zwischen Gewinnen sich herleiten? Sie existieren für dieses Gesetz nicht! Für dieses Gesetz gibt es nur das bescheidene Konto des kleinen Sparerers, des Arbeiters, des Angestellten, des kleinen Geschäftsmannes, und dieses Konto wird rücksichtslos konfisziert!

Die Wortführer der Bourgeoisie und ihre Lokalen behaupten, daß es notwendig sei, den "großen Geldüberhang" durch Konfiskation zu beseitigen, um "die Inflation zu verhindern". Doch sie verschweigen, daß der "Geldüberhang", der sich nicht aus den Konten der kleinen Sparer herleitet, daß die ungeheuren Summen, die die Banken während des Hitlerkrieges und in der darauffolgenden Zeit bei sich angesammelt haben, daß die Konten der Banken weitaus größer sind als die paar Milliarden Schilling der kleinen Sparer. Und gerade für

die Konten der Banken sieht das Gesetz ausdrücklich eine Ausnahme vor. Die Arbeiter, die kleinen Angestellten, die mit dem Ruin kämpfenden kleinen Geschäftsleute sind mit einem Schlag noch ärmer geworden, damit die Finanzgewaltigen noch reicher werden.

Und die Wortführer der Bourgeoisie geben diesen Zweck des Gesetzes auch offen zu. In der Sitzung des Nationalrates sagte der Sprecher der ÖVP, der Hofmayer-Raab, folgendes: "Wenn behauptet wird, das Gesetz diene der Bankensanierung, so trifft dies zu einem gewissen Teil auch zu. Aber ohne Sanierung der Banken hört sich das Sparen auf..." Einige Sätze später nennt er die kapitalistischen Finanzinstitute "gemeinnützige Unternehmen".

Nicht um die Inflation zu verhindern, sondern um den Zusammenbruch des Kapitalismus in Österreich zu verhindern, darum wurde dieses Gesetz gemacht. Nicht um den "Schilling" zu retten, sondern um die Banken zu retten, darum wurde diese "Währungsreform" durchgeführt. Dieses Gesetz ist ein solches der Sanierung der Banken, der Unterstützung des Finanzkapitals und der Monopolbourgeoisie, ein weiterer Schritt auf jenem Wege, der den österreichischen Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse sanieren soll, wobei die österreichische Bourgeoisie im engsten Einvernehmen mit den anglo-amerikanischen Imperialisten handelt.

Bei dem "Währungsreformgesetz" handelt es sich um ein Gesetz der demokratischen Bourgeois-Republik. Es ist klar, daß es insbesondere breite kleinbürgerliche Schichten trifft, die gerade durch die Auswirkungen dieses Gesetzes der faschistischen Demagogie zugänglich gemacht und dem Faschismus in die Arme getrieben werden.

Was die SP auf dem Parteitag versprochen und was sie drei Wochen später getan hat

Die SP hat in dem auf ihrem Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm einen Punkt stehen, der den Schutz der kleinen Sparvermögen vorsieht. Es hat keiner drei Wochen bedurft, um den Schwindel und elenden Betrug dieses "Aktions"programms zu entlarven. Wie ein Mann haben die SP-Abgeordneten für dieses Gesetz gestimmt - gehorsame Knechte der Bourgeoisie. Mit allen möglichen Verdrehungen und allen möglichen Gaunertricks versucht nun die "A.Z.", diesen Verrat zu beschönigen. "Bei den Sperrkonten handelt es sich um Gelder, die im wesentlichen während des Krieges eingezahlt wurden, vielfach sind es Kriegsgewinne. Es ist zu bedauern, daß die wirklichen Spareinlagen, die noch aus der Zeit vor der Nazibesetzung stammen, von der Abbuchung nicht ausgenommen wurden. Bedauerlicherweise fehlen sichere Unterlagen", sagt sie. Der Herr Pollak braucht "sichere Unterlagen", damit er zwischen den Millionen des Herrn Schöllner und den tausend Schilling des kleinen Arbeiters unterscheiden kann, und weil diese "Unterlagen" angeblich nicht existieren, darum hat die SP die kleinen Sparer mit den großen Hyänen verwechselt und den ersteren gestrichen, um den letzteren zuzuteilen! Es bedarf nicht vieler Worte über die Gemeinheit und die Größe des Verrates, den die SP damit neuerlich an den Interessen breiter Massen begangen hat.

"Dieses Währungsgesetz kann als das gerechteste und sozialste Gesetz dieser Art in ganz Europa angesprochen werden", sagte der Sprecher der SP, Waldbrunner, im Nationalrat. Waldbrunner findet es gerecht, daß die Banken alles behalten und er findet es sozial, daß die kleinen Sparer alles verlieren. Die SP war in den letzten Jahren sehr produktiv in allen möglichen Punkte-Programmen, an die sie sich dann nicht gehalten hat. Die wenigen Worte Waldbrunners sagen mehr über die wirkliche Haltung der SP als alle Punkte-Programme zusammengenommen. Ihr Verrat ist so offen und spricht eine so laute Sprache, daß der "A.Z." und den SP-Gewaltigen selbst nicht sehr viel Argumente übrig bleiben, um ihr Handeln zu rechtfertigen. Ein verlegenes Stammeln, ein paar nichtssagende Phrasen, das ist vorläufig alles.

Und wo ist die sogenannte "Linke" in der SP geblieben, wo sind jene geblieben, die auf dem Parteitag die "Resolution der Vierundvierzig" eingebracht haben? So wie alle anderen haben auch die Scharf, Krones & Co. für das Raubgesetz gestimmt. Sie haben dadurch gezeigt, daß vorläufig ihre Praxis die gleiche wie die der Schärf, Helmer & Co. ist.

Warum hat die SP für eine derartige "Währungsreform" gestimmt? Wollen wir diese Frage beantworten, dann dürfen wir uns nicht mit den "Argumenten" der SP beschäftigen, sondern mit den wirklichen Ursachen ihres Handelns. Diese liegen in der grundsätzlichen Einstellung der SP zum Klassenfeind des Proletariats, in der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie begründet, die wiederum ihre Wurzeln in den Interessen der Arbeiteraristokratie sowie der sich über die große Masse der Arbeiterschaft emporgeschwungenen, verkleinbürgerlichten, ja in ihren Spitzen verbürgerlichten Arbeiterbürokratie hat. Diese soziale Zwischenschicht, die den Apparat der SP vollkommen beherrscht, nützt die Kraft des Arbeiteranhanges der SP aus, um die Bourgeoisie zu zwingen, sich ihrer gegen entsprechende Posten und Pöstchen als Werkzeug zu bedienen. Sie dankt im Traume nicht an den Sozialismus, sie spricht höchstens von ihm - manchmal. Sie pfeift auf die Interessen der Arbeiterklasse und ist sofort bereit, diese preiszugeben, wenn der kapitalistische Herr es befiehlt, wenn durch eine solche Preisgabe die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und damit ihre gehobene Stellung gesichert wird.

Die Unzufriedenheit und der Mißmut ihres Arbeiteranhanges wird durch ihre Mitwirkung am Raubgesetz der sogenannten "Währungsreform" zweifellos neue Nahrung finden und sich sprunghaft steigern. Allzuoffen tritt der Verrat an den Interessen der breiten Massen zutage. Was die SPÖ heute noch einzig und allein davor bewahrt, auseinanderzufallen, ist die ebenso verräterische Politik der Stalinpartei und die vorläufige Schwäche der proletarischen Klassenpartei in Österreich.

Die Rolle der Stalinpartei

Die Stalinpartei hat gegen das Gesetz gestimmt; ihr Vertreter ist gleichzeitig aus der Regierung ausgetreten. Sie verläßt damit die Linie der "demokratischen Konzentration", die sie nach dem April 1945 durch lange Zeit so hartnäckig befolgt und die erst in den letzten Monaten einen unheilbaren Knacks bekommen hat. Entspringt diese Wendung der Stalinpartei einer plötzlichen Einsicht über den wahren Charakter der ÖVP und ihrer Politik? Bedeutet der neue Kurs gegen die SP eine Rückkehr auf die revolutionäre Linie? Keineswegs! Die ÖVP war 1945 das, was sie heute ist: die Einheitspartei der österreichischen Kapitalisten. Die SP war schon lange vor 1945 die Partei des offenen Klassenverrates. Dennoch hat die Stalinpartei die ÖVP geradezu aus der Taufe gehoben und in den ersten Monaten der "Befreiung" zärtlich gehätschelt! Dennoch hat die Stalinpartei die SP ihre "große Bruderpartei" genannt und Kurs auf die Vereinigung mit ihr genommen! Die Wendung der Stalinpartei und ihr Austritt aus der Regierung entspringt einfach der Verschärfung der Beziehungen zwischen der Sowjetbürokratie und dem amerikanischen Imperialismus. So wie die SP der gehorsame Lakai der österreichischen Bourgeoisie und darüber hinaus des anglo-amerikanischen Imperialismus ist, so ist die Stalinpartei nichts anderes als die Agentur der bonapartistischen Krenclique. Solange die Sowjetbürokratie mit den Imperialisten zusammenarbeitete, solange sich die alliierten "Befreier" einig waren, solange hat sich die Stalinpartei vor Begeisterung über die Alliierten überkugelt und innenpolitisch der "Konzentration" mit den "Katholiken" gefrönt. Erst seit dem Auftreten der offenen Gegensätze zwischen Imperialisten und Sowjetbürokratie hat die Stalinpartei entdeckt, daß die ersteren nicht hochwillkommene "Befrei-

er" und "Bundesgenossen der Roten Armee" sind, wie sie im Herbst 1945 zu deren Empfang in den Straßen Wiens plakativ ließ, sondern "Agenten des amerikanischen Finanzkapitals zur kolonialen Versklavung des österreichischen Volkes", so wie sie nun auch auf einmal weiß, daß die Partei der "Katholiken" in Wirklichkeit die kapitalistische Klassenpartei ist. Würde sich die Sowjetbürokratie mit den Imperialisten einig, dann wäre die Stalinbürokratie die erste, die auf die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse pfeifen und diese befenkelnd denselben "fremden Mächten" mitausliefern würde, die sie heute so "Hund Lektroff". Die Stalinpartei hat durch ihre Politik die Rauboffensive der Bourgeoisie wie den sozialdemokratischen Verrat überhaupt erst ermöglicht. Sie hat bei jeder antidemokratischen Handlung der Sowjetbürokratie beide Augen zugedrückt, diese verschwiegen, vertuscht oder gar gerechtfertigt. Sie tritt heute noch offen für Reparationsleistungen des österreichischen Volkes auf Grund des Potsdamer Raubabkommens ein. Sie hat durch ihren exaltierten rot-weiß-roten Patriotismus, durch ihr überlautes, unechtes, durch und durch verlogenes "Bekennnis" zur "Demokratie" nur bewirkt, daß die Arbeiter sie einfach nicht ernst nehmen und ablehnen, wie die Betriebsratwahlen zeigen, daß sie den hinterhältigen Charakter und die Heuchelei ihrer Politik sehr rasch durchschaut haben. Die stalinistische Politik hat große Massen von Arbeitern, die beiläufig nicht mit der SP in allen Fragen einverstanden waren, zwangsläufig immer wieder in deren Arme zurückgetrieben. Der sozialdemokratische Verrat ist undenkbar ohne seine Ergänzung durch den stalinistischen.

Die neue Politik der Stalinpartei liegt auf der Linie der Warschauer Beschlüsse der "Kominform". Diese Linie bedeutet kein prinzipielles Abgehen von der Linie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, sondern beinhaltet diese Linie. Sollte es, was nicht ausgeschlossen ist, zu einem vorübergehenden Kompromiß zwischen Sowjetbürokratie und Imperialismus kommen, dann wird die Stalinpartei ebenso billig ihre neue Linie "vergessen", wie sie in Warschau die seit 1934 vertretene Politik "vergessen" hat.

Aufgaben der Internationalen Kommunisten

Die SP reißt Verrat an Verrat. Die Stalinpartei ist unfähig, die Arbeiterinteressen konsequent zu vertreten, denn wo ist die Gewähr dafür, daß dieselbe Partei, die heute ihren Altmann aus der Regierung nimmt, nicht morgen schon wieder, wenn es geänderten Augenblicksbedürfnissen der Kremldictatur entspricht, ihren Ernst Fischer sendet, damit er mit Herrn Figl im geheimen Rücksprache pflege? Und die Bourgeoisie setzt ihre Rauboffensive fort; so wie auf das "Lohn-Preisabkommen" die Währungsreform", so wird dieser ein neuerlicher Raubzug folgen, und der Appetit der Bourgeoisie wird mit dem Pressen wachsen! Was müssen die Arbeiter tun, um der fortschreitenden Offensive der Kapitalisten Einhalt zu gebieten, was müssen wir Internationalen Kommunisten den Arbeitern raten, und was müssen wir insbesondere selbst tun?

Es ist die Pflicht der Internationalen Kommunisten, konsequent die Arbeiterinteressen zu verteidigen. Wir müssen in Betrieb und Gewerkschaft und überall dort, wo wir mit Arbeitern zusammen sind, in einer den jeweiligen Bedingungen unserer politischen Arbeit entsprechenden Form die Arbeiter darüber aufzuklären, daß die sogenannte Währungsreform nur ein Glied, nur eine Etappe in dem von der Bourgeoisie geführten Feldzug zur Sanierung des verfaulenden Kapitalismus auf Kosten der Massen ist, und wir müssen unseren Klassenbrüdern gleichzeitig einen möglichst konkreten Weg zeigen, wie sie sich dagegen zur Wehr setzen können. Wir müssen ihnen geduldig zeigen, welcher Widerspruch zwischen den Worten und Taten, den Programmen und den Handlungen der vorgeblichen "Arbeiterparteien" besteht und wir müssen die Arbeiter anleiten, dort, wo diese Parteien auf dem Papier

und in Worten Arbeiterinteressen zu vertreten vorgeben, sie beim Wort zu nehmen und zur Einhaltung ihrer eigenen Programme zu zwingen.

Die "A.Z." schreibt in ihrem Leitartikel zur Verteidigung der SP, daß die Kosten des Hitlerkrieges und der Zerstörung Posten sind, "in der gigantischen Rechnung, die das österreichische Volk zu zahlen hat". Wirklich nur das "Volk"? Oder nicht vielmehr jene, in deren Interesse dieser Krieg geführt wurde und die sowohl an ihm wie an der Not und dem Hunger der Nachkriegszeit verdient haben? ÖVP und SP behaupten beide, wenn auch in verschiedenen Worten, daß es in Österreich keinen Unterschied mehr zwischen Kapitalisten und Arbeitern gebe, daß beide gleichmäßig unter den Folgen des verlorenen Krieges zu leiden hätten, daß die "Wirtschaft" "blutarm" geworden sei. Das Betriebsrätegesetz gibt den Arbeitern die Möglichkeit, die "Blutarmut" der "Wirtschaft" etwas näher zu untersuchen. Deshalb:

BESTIMMUNG DES WAHREN ANTEILS DER EINZELNEN KAPITALISTEN UND ALLER AUSBEUTER ZUSAMMEN AM NATIONAL-EINKOMMEN DURCH DIE KONTROLLE DER KAUFMÄNNISCHEN GESCHÄFTSFÜHRUNG DER INDUSTRIE UND DER BANKEN DURCH DIE BETRIEBSRÄTE IN VERBINDUNG MIT DEN GEWERKSCHAFTEN !

KONTROLLE DER EINNAHMEN UND AUSGABEN JEDES KAPITALISTISCHEN UNTERNEHMENS, KONTROLLE DES KAPITALISTISCHEN PROFITS !

AUFDECKUNG DER HEIMLICHEN SCHIEBUNGEN DER EINZELKAPITALISTEN WIE DER BANKEN UND TRUSTS DURCH DIE ARBEITERKONTROLLE DER PRODUKTION UND VERTEILUNG !

Die von den Betriebsräten in Verbindung mit den Gewerkschaften ausgeübte Arbeiterkontrolle wird zeigen, daß die "Wirtschaft" keineswegs so "blutleer", daß die Kapitalisten keineswegs so arm, wie sie es immer darstellen. Darum wird sich die Bourgeoisie mit allen Mitteln gegen eine solche Kontrolle sträuben und zur Wehr setzen. Darum muß eine solche Kontrolle von uns propagiert und die Arbeiter von ihrer Notwendigkeit und Nützlichkeit überzeugt werden, darum müssen wir die Arbeiter anleiten, in den Gewerkschaften hartnäckig dafür aufzutreten, daß sich diese jene Forderungen zu eigen machen und dafür einen ernsten Kampf entfalten. Die SP versucht, die Arbeiter mit dem Hinweis auf die "Stratskontrolle" über die Industrie und die Banken zu betrügen. Allein das Übergangsprogramm der IV. Internationale sagt mit Recht, daß das wirkliche Verhältnis zwischen den Ausbeutern und der staatlichen "Kontrolle" am besten dadurch gekennzeichnet ist, daß diese in heiligen Beben an der Schwelle der kapitalistischen Unternehmen und insbesondere der Banken und Trusts mit ihren industriellen und kommerziellen "Geheimnissen" haltmacht, daß hier in Wahrheit der Grundsatz der "Nichteinmischung" waltet.

Die "Währungsreform" ist eine Aktion zur Sanierung vor allem des Finanzkapitals, der Banken. Wir aber treten ein für die

ENTSCHÄDIGUNGSLOSE ENTEIGNUNG DER BANKEN UND DES MONOPOLKAPITALS !

Eine solche Enteignung bedeutet keineswegs eine Enteignung der Bankeinlagen, im Gegenteil. Eine einheitliche Staatsbank kann den kleinen Sparern viel vorteilhaftere Bedingungen einräumen als Privatbanken, die vor allem die Interessen der großen Kapitalisten im Auge haben; nur eine Staatsbank kann kleinen Bauern, Handwerkern und Kleinhändlern Vorzugskredite einräumen so wie sie auch eine grundlegende Voraussetzung für eine wirkliche Planwirtschaft ist. Die SP betrügt die Arbeiter, indem sie ihnen durch den Mund ihres Nationalratsprechers Misch einzureden versucht, daß "Aktionäre der drei großen österreichischen Banken der österreichische Staat und das österreichische Volk ist... Für uns gehören diese drei Banken dem österreichischen Volk..." Die SP verschweigt bezuht die Höhe der Entschädigung, die die Aktionäre "unserer" drei Banken schon erhalten haben und noch erhalten werden. Und sie umgeht folgende Frage: Wenn die Banken "dem Staat" gehören, wem gehört denn der österrei-

chische Staat? Die gesamte Praxis dieses Staates zeigt es täglich, daß er ein Staat der Kapitalisten ist, daß dieser Staat gerade umgekehrt den Banken gehört. Wir Internationalen Kommunisten müssen den Arbeitern den unlösbaren Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Rauboffensive und dem kapitalistischen Klassencharakter des bestehenden Staates aufzeigen und ihnen lehren, den Kampf für ihre unmittelbaren Interessen mit den sozialistischen Aufgaben der Arbeiterklasse, d.h. praktisch mit der Machtfraße zu verbinden.

Können wir mit unserer Kritik und mit unseren positiven Vorschlägen heute schon an größere Arbeitermassen heran? Unter den heutigen Bedingungen können wir selbstverständlich noch nicht offen und nicht als Organisation auftreten, aber das bedeutet nicht, daß wir nicht überhaupt etwas tun können. Die Betriebsratswahlen geben uns ein großes Wirkungsfeld. In manchen Betrieben haben sie schon stattgefunden, in vielen finden sie erst statt. Wir benützen diese Gelegenheit, um die Arbeiter mit unseren Ansichten und mit unseren Losungen zur "Währungsreform" bekanntzumachen und sie aufzufordern, nur solche Betriebsräte zu wählen, die sich mit solchen Forderungen solidarisieren und sie vertreten werden. Wir zeigen den Arbeitern, wie wichtig der Zusammenhang zwischen dem gelungenen Raubzug der Bourgeoisie und den Betriebsratswahlen ist und verbinden den Kampf gegen die kapitalistische Währungsreform mit folgenden Losungen:

HINZUZIEHUNG DER GEWERKSCHAFTEN ZU ALLEN VERHANDLUNGEN, BEI DENEN DIE UNMITTELBAREN LEBENSINTERESSEN DER ARBEITER AUF DER TAGESORDNUNG STEHEN !

TÄTIGUNG VON ABSCHLÜSSEN ERST NACH LAUFENDER INFORMATION DER GEWÄHLTEN VERTRETER DER BETRIEBSARBEITERSCHAFT ÜBER INHALT UND STAND DER JEWEILIGEN VERHANDLUNGEN UND NACH AUSDRÜCKLICHER ZUSTIMMUNG DER BETRIEBSRÄTEKONFERENZ !

VERANTWORTLICHKEIT DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG VOR DEN BETRIEBSRÄTEKONFERENZEN !

JEDERZEITIGE ABSETZBARKEIT ALLER GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRE DURCH DIE BETRIEBSARBEITER UND DEREN VERTRETER !

DEMOKRATISIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN !

NEUWAHL DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNGEN !

ERSETZUNG DER VERRÄTER DURCH BETRIEBSARBEITER, DIE SICH IM PRAKTISCHEN KAMPF BEWÄHRT HABEN !

Innerhalb der SP treten wir in ähnlichem Sinne auf. Wir verweisen die Arbeiter auf das in schroffstem Gegensatz zu ihrem demokratischen Gerede stehende undemokratische Verhalten der SP, die hinter dem Rücken ihrer Mitglieder und der Masse ihrer Arbeiterfunktionäre dieses folgenschwere Gesetz mit Vertretern des Klassenfeindes abgemacht und es in einer kurzen Parlamentsitzung durchgepeitscht hat. Erinnerung nicht eine solche parlamentarische Praxis stark an die Hitler'schen Reichstagsitzungen, auf denen sogenannte "Abgeordnete" gehorsam für etwas stimmten, was ihnen fünf Minuten vorher noch unbekannt war? Wir müssen die SP-Arbeiter anleiten, Rechenschaft von der SP-Führung zu verlangen und in allen Sektionsversammlungen und allen Besprechungen der Parteimitarbeiter das undemokratische Verhalten der SP-Führung sowie den Widerspruch zwischen deren Worten in ihrem "Aktions"programm und ihren tatsächlichen Handeln aufzuzeigen. Und wir müssen schließlich unsere ganze Kritik auf die absolute Notwendigkeit des Bruches mit der Bourgeoisie hinlenken.

Die stalinistischen Arbeiter müssen wir in geeigneter Form auf die Gefahr der Wiederholung der Politik des "Sozialfaschismus" hinweisen und ihnen zeigen, daß dort, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse der Stalinpartei gefolgt ist wie z.B. in Frankreich, diese keine andere Politik gemacht hat als in Österreich und daß diese

Politik zu haargenau denselben Ergebnissen führt wie in Österreich, wie das Anwachsen der gaullistischen Gefahr beweist. Wir müssen, wo dies möglich ist, den Arbeitern zeigen, daß die neue Linie, daß die oppositionelle Haltung der Stalinpartei nicht deren plötzlicher Einsicht über die Notwendigkeit eines konsequenten Kampfes gegen die Bourgeoisie, sondern lediglich den außenpolitischen Bedürfnissen der Sowjetbürokratie entspringt und daß deren praktische Handlungen im strikten Gegensatz zu den Interessen und Bedürfnissen der Massen stehen.

Bei alledem dürfen wir aber eines nicht vergessen. Es gibt keine Wunderrezepte, die von heute auf morgen helfen - und am allerwenigsten können wir Internationalen Kommunisten solche geben. Die heutige Lage der Arbeiterklasse ist das Ergebnis des Fehlens der proletarischen Klassenpartei in einer Reihe von Ländern, ihrer politischen und organisatorischen Schwäche in einer ganzen Reihe anderer Länder. Nur in dem Maße, in dem es der Vorhut der Arbeiterklasse gelingt, diesen entscheidenden Mangel zu überwinden, die IV. Internationale zu stärken und vorwärts zu führen, nur in dem Maße wird die Arbeiterklasse die Raubangriffe der Kapitalisten abwehren, um schließlich zur Gegenoffensive überzugehen.

BERICHTIGUNG:

Der Preis der November-Nummer des "Spartakist" (Nr. 25) beträgt S 2,- und nicht wie irrtümlich geschrieben S 1,-
